

# Mit Steuern feministisch steuern

## Steuerpolitik als Kampffeld für Geschlechtergerechtigkeit

Elisabeth Klatzer

### Einleitung

Steuerpolitik hat große Auswirkungen auf die Verteilung von Macht, bezahlter und unbezahlter Arbeit, Einkommen und Vermögen und damit auch auf Geschlechterverhältnisse. Seit den 1990er Jahren arbeiten feministische Bewegungen und ForscherInnen zu Steuerpolitik aus der Geschlechterperspektive.

Schon relativ früh wurde – vor allem im Rahmen von Gender Budgeting (vgl. z.B. Budlender et al. 2002, Hill 2002, Beigewum 2002) – herausgearbeitet, dass nicht nur Staatsausgaben, sondern auch Staatseinnahmen und das Steuersystem insgesamt wesentliche Ansatzpunkte für Gleichstellungspolitik sind. Ausgehend von Analysen über Geschlechterwirkungen der Einkommensbesteuerung (vgl. Spangenberg/Wersig 2013) wurden zunehmend geschlechterpolitische Auswirkungen aller Abgaben- und Steuerarten in den Blick genommen (z.B. Barnett/Grown 2004, Beigewum 2002, Biffel et al. 2006, Elson 2002, Grown/Valodia 2010, Gunnarsson et al. 2017, Watch Group 2006, Women's Budget Group 2011, Biffel et al. 2006, Spangenberg/Wersig 2013, Philipps 1996). Dabei werden auch Fragen der Machtverschiebungen thematisiert, die Steuerpolitik und Budgetpolitik insgesamt zunehmend als technische Materie für „Experten“ positionieren und damit dem politischen Diskurs entziehen (vgl. Philipps 1996, Beigewum 2002). Allerdings bezieht sich ein Großteil der Arbeiten bis in die 2000er Jahre vor allem auf den nationalen Rahmen der Steuerpolitik.

Erst relativ spät rückt die internationale Dimension steuerpolitischer Maßnahmen verstärkt in den Fokus (z.B. Brooks 2009, Lahey 2010, Grondona et al. 2016). Insbesondere Fragen der internationalen Steuerhinterziehung und -vermeidung werden erst in den letzten Jahren als feministische Themen aufgegriffen.

Der Artikel gibt Einblicke in die feministischen Arbeiten und Debatten der letzten Jahre zu Fragen der Wechselwirkung zwischen Steuer- und Geschlechtergerechtigkeit.

### Steuerpolitik aus der Perspektive der Menschen- und Frauenrechte

Staaten haben sowohl individuell als auch kollektiv die Verpflichtung, „maximum available resources“ für die Realisierung von Menschenrechten im allgemeinen und Frauen- und Mädchenrechten im speziellen zu mobilisieren (Grondona et al. 2016, 4). In den Arbeiten zur Verschränkung von Menschenrechten und Wirtschaftspolitik haben u.a. Diane Elson und Radhika Balakrishnan (2008, 2011) herausgearbeitet, dass aus dem internationalen Menschenrechtsbestand klare Prinzipien für eine Überprüfung der Wirtschaftspolitik abgeleitet werden können. Staaten sind demnach verpflichtet, die aus dem internationalen Menschenrecht ableitbaren Grundsätze „requirement for progressive realization“ (das Prinzip der progressiven Verwirklichung), „use of maximum available resources“ (die Nutzung der maximal verfügbaren Ressourcen), „the avoidance of retro-

gression“ (Vermeidung von Rückschritten), „the satisfaction of minimum essential levels of economic and social rights“ (die Befriedigung eines Minimums an wirtschaftlichen und sozialen Rechten), Nichtdiskriminierung und Gleichstellung, sowie Partizipation, Transparenz und Rechenschaftspflicht einzuhalten (Balakrishnan/Elson 2008, 5ff). Daraus ergeben sich auch für den Bereich der Besteuerung interessante menschenrechtliche Richtlinien und Prinzipien. Neoklassischen Konzepte der „Verzerrungen“ und angebliche Ineffizienzen der Besteuerung sind demnach irreführend und nicht relevant. Aus menschenrechtlicher Perspektive geht es vielmehr darum, Besteuerung nach den rechtlichen Ergebnis- und Verhaltensverpflichtungen zu bewerten. In Bezug auf das Prinzip der maximal verfügbaren Ressourcen bedeutet dies eine Verpflichtung zu Steuergesetzen und -verwaltungen, die ausreichend staatliche Einnahmen für die Umsetzung wirtschaftlicher und sozialer Rechte in Einklang mit menschenrechtlichen Verpflichtungen sicherstellen. Senkungen der Steuereinnahmen oder niedrige Besteuerungsniveaus stellen die Einhaltung dieser Verpflichtungen in Frage, ebenso wie Umgehungsmöglichkeiten für Konzerne und Vermögende. Aus dem Prinzip der Nichtdiskriminierung und Gleichstellung ergibt sich eine Verpflichtung, dass die Besteuerung verschiedene gesellschaftliche Gruppen gleichermaßen betrifft, in dem Sinne, dass unterschiedliche Gruppen (z.B. Konzerne versus Menschen, Reiche versus Arme) in Relation zu ihrem Einkommen gleichermaßen beitragen und steuerliche Maßnahmen nicht einzelne Gruppen bevorzugen oder Vermeidung von Steuern ermöglichen. Dies wäre zu hinterfragen, wenn die Gesamtsteuerinzidenz für Ärmere höher ist als für Reiche, wenn Konzerne weniger zahlen als Individuen oder patriarchal organisierte Haushalte weniger als egalitäre. Aus Gleichstellungsperspektive ist insbesondere auch die Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung gegenüber Frauen (CEDAW) relevant. Die verfügbaren Gesamtsteuereinnahmen müssen demnach ausreichend sein damit „gleiche Rechte von Männern und Frauen, ihre wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, zivilen und politischen Rechte zu genießen“ sichergestellt sind und dass „die Einnahmen so erzielt werden, dass sie mit den gleichen Zielen der substantiven Gleichstellung konsistent sind.“ (Elson 2006, 71).

Weiters ergeben sich aus den menschenrechtlichen Prinzipien der Transparenz, Rechenschaftspflicht und Partizipation Verpflichtungen, dass die Besteuerung nach diesen Prinzipien organisiert ist und eine breite öffentliche Beteiligung in der Diskussion über adäquate Steuerpolitiken ermöglicht wird. Komplexe Steuersysteme mit vielen Ausnahmebestimmungen und das Fehlen von Informationen über die Steuerinzidenz, mangelnde unabhängige Aufsicht über Steuerbehörden und Beeinflussung von Steuergesetzen durch Reiche und Konzerne widerlaufen diesen menschenrechtlichen Verpflichtungen.

Die Prinzipien der „progressive realization“ und „non-retrogression“ in Bezug auf wirtschaftliche und soziale Lebensstandards können ebenfalls als wichtige Prüfkriterien herangezogen werden. Balakrishnan/Elson (2008) argumentieren, dass rigide Fiskalregeln dem entgegenstehen können. Aus Menschen- und Frauenrechtsperspektive geht es nicht nur um die Frage des Gesamtsteueraufkommens, sondern auch um jene des Steuersystems und der Rolle einzelner Steuern an den Steuereinnahmen. Elson (2006) hebt hervor, dass sich aus Frauen- und Menschenrechtsverpflichtungen Anregungen für den Mix an Staatseinnahmen ergeben: ein hohes Gewicht direkter und progressiver Steuern, Umsatzsteuerbefreiungen für Güter des täglichen Bedarfs, Verbrauchssteuern auf nicht notwendige Konsumgüter, keine Gebühren für Grundversorgung mit Gesundheit und Bildung sowie für Wasser und Elektrizität für arme Haushalte (Elson 2006, 101). Progressive Vermögens- und Erbschaftssteuern sind ein weiteres Element (Lahey 2016).

Somit zeigt sich, dass aus Menschenrechten klare rechtliche Verpflichtungen und Maßstäbe für eine geschlechtergerechte Gestaltung der Steuerpolitik abzuleiten sind. Diese Arbeiten haben wichtige Impulse für steuerpolitische Debatten aus feministischer Perspektive gegeben.

### **Tax Justice und Geschlechtergerechtigkeit**

Fragen der Steuerstruktur, der Verteilung der Besteuerung (Inzidenz) sowie Mechanismen und Möglichkeiten der Steuerhinterziehung und -vermeidung auf nationaler und internationaler Ebene sind von Bedeutung für die Fähigkeit der Staaten, Staatseinnahmen zu erzielen und zu verteilen. (Grondona et al. 2016) In feministischen Debatten und Kampagnen an der Schnittstelle von „Tax Justice“ und Geschlechtergerechtigkeit werden dabei zunehmend folgende Themen in den Vordergrund gerückt: Fehlende öffentliche Einnahmen behindern die Umsetzung von Frauenrechten, Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit und führen zu Rückschritten. Diskriminierende Steuerregeln, Steuersümpfe und Steuersenkungen für Reiche und Konzerne stärken männliche Privilegien und vergrößern Ungleichheiten. Darüber hinaus wird der Fokus darauf gelegt, dass das System der Steuerhinterziehung und -vermeidung das Funktionieren der Wirtschaften behindert und das Volumen und die Qualität öffentlicher Dienstleistungen schmälert und den Sozialstaat unterminiert. Wie auch bei Austeritätspolitik insgesamt werden damit wiederum Frauen getroffen und belastet, die über ihre unbezahlte Arbeit als soziale Sicherheitsnetze einspringen müssen. Die Verlagerung in der Steuerstruktur hin zu indirekten Steuern bei gleichzeitiger Senkung der Unternehmens- und Vermögensbesteuerung verstärkt Ungleichheiten und unterminiert Frauenrechte.

Auf konzeptioneller Ebene gilt es auch, das neoliberale Mantra der wachstumsfreundlichen Besteuerung bzw. „tax-cuts for growth“ auszuhebeln (Klatzer 2017) und die geschlechterpolitischen Implikationen zu benennen. Dieses Mantra wird in Kombination mit dem „Steuerwettbewerb“ – sowohl auf internationaler Ebene als auch innerhalb der EU – als vorgeblich sachliches Argument benutzt, um Unternehmensbesteuerung zu senken und die Steuerlast zunehmend auf regressive Umsatz- und andere Konsumsteuern zu verschieben. Diese Argumente halten einer intertemporalen empirischen Betrachtung wohl nicht stand: Weit höhere Unternehmensbesteuerung und auch hohe Einkommensbesteuerung in der Vergangenheit ging mit weit höheren Wachstumsraten einher.

Die Besteuerungsarchitektur hat in keiner Weise mit der Globalisierung des Welthandels (Capraro 2016) und internationaler Finanzflüsse Schritt gehalten. Die bilateral ausgehandelten Doppelbesteuerungsabkommen haben im Wesentlichen zu einem Geflecht an Regeln geführt, in dem Konzerne ihre Steuern minimieren können. Grondona et al. (2016) und Femmet (2017) sind unter den ersten, die Themen illegaler Finanzflüsse aus der Geschlechterperspektive aufgreifen. Dabei wird insbesondere der Zusammenhang zwischen der Rolle von Schattenfinanzplätzen und globalen Netzwerken, die illegale Finanzflüsse und Geldwäsche begünstigen, und der Ausbeutung von Frauen durch Frauenhandel und Drogenhandel hergestellt. Die gegenwärtigen Strukturen fördern diesen Bereich der illegalen und kriminellen Wirtschaft, der auf sexueller Ausbeutung und Ausbeutung der Arbeit von vulnerablen Personen, vor allem Frauen, beruht.

Es sind neben Konzernen vor allem reiche Männer, die die bestehenden Möglichkeiten extensiv nutzen, um Vermögen zu verstecken; nicht nur, um der Besteuerung zu entgehen, sondern auch, um ihren Ehefrauen und Kindern Anteile vorzuenthalten. Im Zusam-

menhang mit den Panama Papers wurde das auch ansatzweise thematisiert. “For decades, spouses — nearly always male and part of the global One Percent — have solicited Mossack Fonseca to help shield assets from soon-to-be exes” (Dyers 2016, ICIJ 2016).

Bislang wenig Beachtung findet der Zusammenhang zwischen der Begünstigung von Steuerhinterziehung und -vermeidung mit der Erstarkung patriarchaler Geschlechterverhältnisse und Herrschaftsmuster. Da Herrschaft besonders auch an Eigentumsverhältnisse geknüpft ist und die gegenwärtig steigende Konzentration des Reichtums männlich dominierte Strukturen festigt und stärkt (Schlager/Klatzer 2017) ist es dringend nötig, diese Wechselwirkungen ins Blickfeld der Forschung zu rücken.

### **Feministische Kämpfe für Steuergerechtigkeit**

Feministische Einmischung in Steuerpolitik hat eine lange Tradition in vielen Ländern weltweit (vgl. z.B. Beigewum 2002, Fowode 2003, Hill 2002, Smith 2000, Watch Group Gender & öffentliche Finanzen 2006, Femme Fiscale o.J., Women’s Budget Group 2001). Vielfach wurden diese Kämpfe auf nationaler Ebene geführt, wo feministische Bewegungen mit viel Kreativität und Fachwissen Räume geschaffen haben, um Aufmerksamkeit auf die Wechselwirkungen zwischen öffentlichen Leistungen und Steuerpolitik zu lenken und für geschlechtergerechtere Gestaltung von Steuersystemen einzutreten (Klatzer 2013). Dabei wurden wichtige Beiträge geleistet, den öffentlichen Diskurs und vor allem den Blick auf Geschlechteraspekte im Steuersystem zu erweitern. Von anfänglichen Arbeiten zu Diskriminierungen im Einkommenssteuerrecht und der Wichtigkeit progressiver Tarife wurde der Blick zunehmend auf geschlechterpolitische Wirkungen weiterer Steuern und Abgaben und das Zusammenwirken des gesamten Steuersystems ausgedehnt. Damit rücken auch die unzureichende Besteuerung von Kapital und Vermögen, regressive Wirkungen von Konsumsteuern und Abgaben sowie Steuerflucht und Steuersümpfe als Quellen der Aufrechterhaltung patriarchaler Strukturen in den Fokus.

### **Auf dem Weg zu einer globalen feministischen Bewegung für Steuergerechtigkeit und Frauenrechte**

Ein vorläufiger Höhepunkt der Entstehung einer globalen feministischen Bewegung für Steuergerechtigkeit war ein Treffen zu „Women’s Rights and Tax Justice“ in Bogota, Kolumbien, im Juni 2017. Dieses Treffen, organisiert von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), Public Services International (PSI), Global Alliance for Tax Justice (GATJ) und dem Tax Justice Network (TJN), war einerseits dem inhaltlichen Austausch und andererseits der Entwicklung einer gemeinsamen Strategie und Stärkung der internationalen Bewegung zu Geschlechtergerechtigkeit, Frauenrechten und Steuergerechtigkeit gewidmet; „the meeting marked the consolidation of a movement for tax justice in relation to gender justice, committed to think and carry forward specific strategies of struggle and resistance in this field“ (DAWN 2017).

Mit der Erklärung „Bogota Declaration on Tax Justice for Women’s Rights“ (Bogota Declaration 2017) wurde eine inhaltliche Basis formuliert. Organisationen weltweit sind eingeladen sie zu unterzeichnen. Damit soll eine globale Bewegung für „Tax Justice for Women’s Rights“ gestärkt werden, mit dem Ziel einer „inclusive equitable international financial architecture“ und progressiver Steuersysteme zur Sicherstellung maximal ver-

fügbaren Ressourcen. Die Bogota Erklärung formuliert neun zentrale Forderungen an Regierungen, die viele der Themen aus den feministischen Debatten aufgreifen:

1. Negative Gleichstellungswirkungen der Fiskalpolitiken sollten dringend korrigiert werden;
2. Keine Steuern oder Ausgaben, die Gender Gaps beim Einkommen (vor und nach Steuern) erhöhen;
3. Maximierung aller verfügbaren Ressourcen für Investitionen in qualitätsvolle geschlechtersensible öffentliche Leistungen, Care Economy und Soziale Sicherheit;
4. Gender Budgeting umgesetzt auf allen Regierungsebenen;
5. Besteuerung in der progressivsten Art und Weise – durch direkte Besteuerung von Einkommen, Vermögen und vermögenden Privatpersonen sowie Sicherstellung, dass multinationale Konzerne ihren Beitrag zahlen;
6. Laufende Steuergleichstellungsfolgenabschätzungen um Auswirkungen von Steuermaßnahmen, vor allem auf die ärmsten Frauen, transparent zu machen;
7. Nationale und regionale Steuerpolitiken, die steuerlichen Missbrauch und die Bevorzugung von reichen Ländern, Konzernen und der reichen Elite verhindern;
8. Unterstützung für eine intergouvernementale „UN Global Tax Commission“, in der alle Länder einen Sitz und eine Stimme in der internationalen Steuerpolitik haben;
9. Alle Besteuerungssysteme sollen einem Katalog von vierzehn Merkmalen entsprechen, u.a. eine progressive individuelle und Konzerneinkommensbesteuerung, die zumindest 60 Prozent des nationalen Steueraufkommens ausmacht.

Gleichzeitig ist anzumerken, dass die Erklärung nach wie vor im Wachstumsparadigma verhaftet ist. Steuergerechtigkeit wird in den Zusammenhang mit „sustainable development and economic growth for all“ (Bogota Declaration 2017, 4) gestellt. Dennoch wurden mit den Kampagnen zu Tax Justice and Women’s Rights sowie der Bogota Erklärung wichtige Schritte für internationale Vernetzung und Stärkung der Aufmerksamkeit auf das Thema gesetzt. Ausgehend davon wird derzeit versucht, auf internationale Debatten, vor allem auf UNO Ebene rund um die Sustainable Development Goals (SDGs), Einfluss zu nehmen. So wird auch rund um die erste globale Konferenz der Plattform für „Collaboration on Tax“, die bei der UNO in New York im Februar 2018 zum Thema „Taxation and the Sustainable Development Goals“ stattfindet, ein Forum zu Geschlechter- und Steuergerechtigkeit organisiert.

## Perspektiven

Diese vielfältigen Debatten und Kämpfe rund um Geschlechter- und Steuergerechtigkeit haben in den vergangenen Jahren an Momentum gewonnen. Dennoch zeigen sich viele Herausforderungen – darunter vor allem fehlende Ressourcen. Das betrifft sowohl die Forschung als auch Ressourcen für die Stärkung der feministischen Bewegungsarbeit. Gerade in der dringend nötigen Forschung gibt es wenig Mittel. An etablierten Forschungsinstitutionen haben feministische Arbeiten zu Steuerthemen nach wie vor keinen Platz. Und wenn, dann werden nur marginale Themen (wie etwa die Steuerinzidenz einzelner Steuern, insbesondere Einkommensbesteuerung) aufgegriffen. Gerade in Bezug auf Konzern-, Vermögens- und Kapitaleinkommensbesteuerung sowie Steuerhinterziehung und -vermeidung und deren Wechselwirkungen mit Geschlechterverhältnissen gibt es wenig

relevante Forschung. Das liegt zum Teil an fehlenden Daten, aber vor allem auch an fehlenden Forschungsgeldern für diese Themen.

Wie in der Vergangenheit kommt daher der außeruniversitären feministischen Forschung und feministischen Bewegungen eine zentrale Rolle zu, die bislang weitgehend im Schatten liegenden Themen zu bearbeiten und als zentrale Felder politischer Kämpfe zu positionieren. Die vielfältigen Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen Fiskalpolitik und Geschlechterverhältnissen und maskulin strukturierten Machtverhältnissen sowie deren Reproduktion auf nationaler und internationaler Ebene müssen Schritt für Schritt freigelegt und verändert werden.

## Literatur

- Balakrishnan, Radhika, Elson, Diane (2008): Auditing Economic Policy in the Light of Obligations on Economic and Social Rights, *Essex Human Rights Review* 5 (1), 1–19. [https://www.pdx.edu/sites/www.pdx.edu/econ/files/media\\_assets/spring11/Balakrishnan2.pdf](https://www.pdx.edu/sites/www.pdx.edu/econ/files/media_assets/spring11/Balakrishnan2.pdf), 20.12.2017.
- Balakrishnan, Radhika, Elson, Diane (2011): *Economic Policy and Human Rights: Holding Governments to Account*, London and New York: Zed Books.
- Barnett, Kathleen, Grown, Caren (2004): Gender Impacts of Government Revenue Collection: The Case of Taxation, Commonwealth Secretariat. <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.574.3267&rep=rep1&type=pdf>, 20.12.2017.
- Beigewum (2002): *Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive*. Wien.
- Biffl, Gudrun, Klatzer, Elisabeth, Schratzenstaller, Margit (2006): *Gender-Prüfung im Finanzressort, Studie und Leitfaden im Auftrag des Wien: Bundesministeriums für Finanzen*.
- Budlender, Debbie, Elson, Diane, Hewitt, Guy, Mukhopadhyay, Tannie (Hg.) (2002): *Gender Budgets Make Cents. Understanding Gender Responsive Budgets*. London: Commonwealth Secretariat.
- Berne Declaration, Center for Economic and Social Rights, Global Justice Clinic, New York University School of Law & Tax Justice Network (2016): *State Responsibility for the Impacts of Cross-border Tax Abuse on Women's Rights & Gender Equality*, Submission to the Committee on the Elimination of Discrimination against Women 65th Pre – Sessional Working Group Geneva, March 7–11. [http://www.cesr.org/downloads/Switzerland\\_CEDAW\\_Submission\\_TaxFinance\\_1mar2016.pdf](http://www.cesr.org/downloads/Switzerland_CEDAW_Submission_TaxFinance_1mar2016.pdf), 20.12.2017.
- Bogota Declaration (2017): *The Bogota Declaration on Tax Justice for Women's Rights*. [https://www.globaltaxjustice.org/sites/default/files/EN\\_Bogota-Declaration-Tax-Justice-for-Womens-Rights.pdf](https://www.globaltaxjustice.org/sites/default/files/EN_Bogota-Declaration-Tax-Justice-for-Womens-Rights.pdf), 20.12.2017.
- Brooks, Kim (2009): *Global Distributive Justice: The Potential for a Feminist Analysis of International Tax Revenue Allocation*. *Canadian Journal of Women and the Law*, 21 (2), 267–297.
- Capraro, Chiara (2016): *Women's Rights and Fiscal Justice*, in: *International Journal on Human Rights*, 18–26.
- Chalifour, Nathalie (2010): *A Feminist Perspective on Carbon Taxes*, *Canadian Journal of Women and the Law*, 21 (2), 171. <https://ssrn.com/abstract=1684097>, 20.12.2017.
- DAWN (2017): *DAWN at the first Women's Rights and Tax Justice Convening*. <https://www.dawnnet.org/feminist-resources/en/article/dawn-first-womens-rights-and-tax-justice-convening>, 20.12.2017.
- Development Alternatives with Women for a New Era (DAWN) (2015): *Taxation and Gender Justice in the context of the 3rd UN Conference on Financing for Development*. [https://www.dawnnet.org/feminist-resources/sites/default/files/articles/ffd3\\_julytaxation\\_gender\\_justice.pdf](https://www.dawnnet.org/feminist-resources/sites/default/files/articles/ffd3_julytaxation_gender_justice.pdf), 20.12.2017.
- Dyer, John (2016): *Panama Papers – Divorce: One More Reason Why the Super Rich Want to Hide Their Money*. In: *Vice*, 14. April, <https://news.vice.com/article/divorce-one-more-reason-why-the-super-rich-want-to-hide-their-money>, 21.12.2017.

- Elson, Diane (2002): Integrating Gender into Government Budgets within a Context of Economic Reform, in: Budlender et al. (2002), 23–47.
- Elson, Diane (2006): Budgeting for Women's Rights. Monitoring Government Budgets for Compliance with CEDAW, New York: UNIFEM.
- Elson, Diane (2015): Gender equality requires more tax revenue. <https://www.taxjustice.net/2015/05/05/why-gender-equality-requires-more-tax-revenue/>, 20.12.2017
- Femnet (2017): What are the Gender Dimensions of IFFs? Strengthening African Women's Engagement and Contributions. [https://www.globaltaxjustice.org/sites/default/files/Gender-and-IFFs-Summary-Report\\_0.pdf](https://www.globaltaxjustice.org/sites/default/files/Gender-and-IFFs-Summary-Report_0.pdf), 20.12.2017.
- Financial Action Task Force (2011): Money Laundering Risks Arising from Trafficking in Human Beings and Smuggling of Migrants, report. <http://www.fatf-gafi.org/media/fatf/documents/reports/Trafficking%20in%20Human%20Beings%20and%20Smuggling%20of%20Migrants.pdf>, 20.12.2017.
- Fowode (2003): Taxation: Half the Story of the Budgeting Process. Kampala.
- Grondona, Veronica, Bidegain Ponte, Nicole, Rodríguez Enriquez, Corina (2016): Illicit Financial Flows Undermining Gender Justice, Friedrich Ebert Stiftung.
- Grown, Caren, Valodia, Imraan (Hg.) (2010): Taxation and Gender Equity. A Comparative Analysis of Direct and Indirect Taxes in Developing and Developed Countries, London and New York: Routledge, IDRC. <https://idl-bnc-idrc.dspacedirect.org/bitstream/handle/10625/43684/IDL-43684.pdf>, 20.12.2017.
- Gunnarsson, Åsa, Schratzenstaller, Margit, Spangenberg, Ulrike (2017): Gender equality and taxation in the European Union, PE 583.138, Brüssel: Europäisches Parlament.
- Hill, Donna (2002): United Kingdom: A Focus on Taxes and Benefits. In: Budlender, Debbie, Hewitt, Guy (Hg.): Gender Budgets Make More Cents. Country Studies and Good Practice. London, Commonwealth Secretariat, 171–92.
- ICIJ (2016): How the One Percenters Divorce: Offshore Intrigue Plays Hide and Seek with Millions, Will Fitzgibbon, 3. April. <https://panamapapers.icij.org/20160403-divorce-offshore-intrigue.html>.
- Klatzer, Elisabeth (2013): Mit Steuern emanzipatorisch steuern: Zivilgesellschaftliche Einmischung in die Steuerpolitik, in: Spangenberg/Wersig (2013), 229–244.
- Klatzer, Elisabeth (2017a): Gender Equality and Taxation Policies in the EU, presentation, Hearing on Gender Equality and Taxation Policies in the EU, May 30, 2017, European Parliament, Committee on Women's Rights and Gender Equality (FEMM).
- Lahey, Kathleen (2010): International Transactions, Taxation, and Women: The Critical Role of Gender Analysis," UBC Law Review, 363 – 418
- Lahey Kathleen (2016): Women and Taxation – From Taxing for Growth and Tax Competition to Taking for Sex Equality, input paper, Tax is a feminist issue! Greens/EFA conference, 29. Juni, Brüssel.
- Lahey, Kathleen, Spangenberg, Ulrike, Mumford, Ann, and Eriksson, Martin (2016): Social, Gender Equality, Environmental and Economic Norms Essential to Revisioning the ‚Fiscal EU‘, FairTax Working Paper.
- Nelson, Liz (2016): Tax is a feminist issue. The gender dimension of tax justice, presentation, Tax is a feminist issue! Greens/EFA conference, 29. Juni, Brüssel.
- Philipps, Lisa (1996): Discursive Deficits: A feminist perspective on the power of technical knowledge in fiscal law and policy, in: Canadian Journal of Law and Society, 11 (1), 141–176.
- Schlager, Christa, Klatzer, Elisabeth (2017): It's a rich men's world: Reichtum als HERRschaftsverhältnis. In: Dimmel, Nikolaus, Hofmann, Julia, Schenk, Martin, Schürz, Martin (Hg.): Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung, Innsbruck: StudienVerlag, 218–230.
- Smith, Terence (2000): Women and Tax in South Africa. Paper in the Context of the 5th Women's Budget, Cape Town: Institute for Democracy in South Africa.

- Spangenberg, Ulrike, Wersig, Maria (Hg.) (2013): Geschlechtergerechtigkeit steuern. Perspektivenwechsel im Steuerrecht, edition sigma.
- Watch Group. Gender & öffentliche Finanzen (2006): Elemente einer Gender-Analyse des Steuersystems. In: Kurswechsel, 21 (1), 25–36.
- Women's Budget Group (2001): Response from Women's Budget Group to Inland Revenue Consultation Document. New Tax Credits: Supporting Families, Making Work Pay and Tackling Poverty. <https://wbg.org.uk/wp-content/uploads/2013/01/New-Tax-Credits.pdf>, 20.12.2017.
- Women's Budget Group (2011): Gender Analysis of the Changes in Indirect Taxes Introduced by the Coalition Government, 2010–2011. [https://www.wbg.org.uk/wp-content/uploads/2013/10/Indirect\\_tax\\_Budget\\_2011\\_final\\_report\\_June\\_20.pdf](https://www.wbg.org.uk/wp-content/uploads/2013/10/Indirect_tax_Budget_2011_final_report_June_20.pdf), 20.12.2017.
- UN Women (2015): Towards an enabling macroeconomic environment, in: Progress of the World's Women 2015–16. <http://progress.unwomen.org/en/2015/chapter4/>, 20.12.2017.



# Mach dich stark!

Und profitiere von mehr Sicherheit im Job.

[www.gpa-djp.at/mitgliedwerden](http://www.gpa-djp.at/mitgliedwerden)

Rechtsschutz,  
Berufshaftpflicht-  
versicherung und  
viele mehr gibt's  
nur als Mitglied.

MIT SICHERHEIT STARK.  
**GPA djp**  
GENEWSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN  
DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER